

## **Besoldung: Entscheidung im Landtag**

### **Beamte gehen erneut auf die Straße**

In Zusammenhang mit der heutigen Plenarsitzung des Landtages demonstrieren Beamtinnen und Beamte aus Rheinland-Pfalz vor dem Landtag. Zu der Demonstration haben DGB und dbb gemeinsam aufgerufen.

Der Landtag berät abschließend über das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz. Die Regierung Beck schlägt vor, bei einem etwas stärkeren Aufschlag für die unteren Einkommensgruppen die Besoldung für das Gros der Beamtinnen und Beamten nur um 0,5 Prozent anzuheben. Den Pensionären sollen erneut Nullrunden in der Versorgung aufgebürdet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages hat am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Regierungsfraktion beschlossen, den Gesetzentwurf der Regierung ohne Nachbesserung der Besoldungs- und Versorgungsleistung anzunehmen. Die Fraktionen von CDU und FDP fordern dagegen ab dem Jahr 2008 eine lineare Anhebung von 2,9 Prozent.

Damit schließen sie sich in einem wesentlichen Punkt der Forderung von DGB und GdP an. Wir waren dafür eingetreten, das Tarifergebnis zu übertragen. Danach sollten für das Jahr 2007 Einmalzahlungen bis zu 900 Euro geleistet werden. Im zweiten Schritt steht die Forderung nach linearer Anhebung der Besoldung ab 2008 um 2,9 Prozent. Die Pensionäre sollen entsprechend anteilig mit höheren Versorgungsbezügen ausgestattet werden.

Die GdP hat sich noch einmal mit einem eindringlichen Appell an alle Abgeordneten gewandt und die bessere Bezahlung für die Beamtinnen und Beamten der Polizei und der anderen Verwaltungszweige gefordert (siehe Anlage).

Die CDU hat ihre Initiative für eine bessere Besoldung der Beamtinnen und Beamten gegenüber der GdP begründet (siehe weitere Anlage).

Über die Aktionen von DGB und GdP berichtet am morgigen Donnerstag um 20.15 Uhr das SWR-Fernsehen im 3. Programm in der Sendung „Ländersache“.



# Gewerkschaft der Polizei

## Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Mitglied DGB und EuroCop

Gewerkschaft der Polizei · Nikolaus-Kopernikus-Straße 15 · 55129 Mainz

An die  
Abgeordneten  
des rheinland-pfälzischen  
Landtages

### Landesvorstand

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 MAINZ

Telefon: (06131) 96009-0

Fax: (06131) 96009-99

e-mail [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

Internet [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

12. Dezember 2007

### Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren Volksvertreter,

vor fast einem Jahr haben Ihnen die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei Zartbitterschokolade und weihnachtliche Grüße zukommen lassen, um auf die anstehenden Beratungen und Diskussionen zum Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz hinzuweisen.

Nach Jahren, die geprägt waren von Einsparbeschlüssen und Besoldungsabsenkungen, wir wollen hier nur die beiden Nullrunden 2005 und 2006 sowie das erhebliche Absenken der Sonderzuwendung erwähnen, hoffen viele Kolleginnen und Kollegen, auch an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu dürfen.

Dies insbesondere, da unser Ministerpräsident mehrfach die Teilhabe der abhängig Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung gefordert hat.

Seit Anfang des Jahres 2007 haben die Beamtinnen und Beamten des Landes und die Vertreter der Gewerkschaften versucht, durch vielfältige Aktionen und Gespräche auf ihre berechtigten Forderungen für eine angemessene Besoldungsanpassung hinzuweisen.

Nach derzeitigem Sachstand müssen wir feststellen, dass die Landesregierung und die sie tragende Landtagsfraktion offensichtlich kein Jota von den Besoldungsfestlegungen abweichen wollen, welche Herr Beck bereits im Mai 2006 in der Regierungserklärung verkündet hat. Wohlgedenkt zu einem Zeitpunkt, zu dem die öffentlichen Haushalte nicht die positive Entwicklung vermuten ließen, wie wir sie heute vorfinden.

Die nur mäßig dem Realitätswillen entsprechenden Begründungen unseres Finanzministers, dass lediglich die Beamtinnen und Beamten des Landes Hamburg im Bereich der Besoldung besser da stehen würden als die rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen, machen auch nicht gerade Freude, da hier deutlich zum Ausdruck kommt, man will nicht angemessen besolden, sondern man verschanzt sich hinter Halbwahrheiten.

Der derzeitigen Gefühlslage in den Dienststellen unseres Landes entspricht die Passage aus der nachstehenden Presseinformation der CDU-Fraktion.

*„Unstreitig haben die Beamten im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen den Vorteil der Arbeitsplatzsicherheit. Dies kann aber nicht immer wieder als Rechtfertigung für neue Sparmaßnahmen herangezogen werden. Auch die Beamten und Versorgungsempfänger haben nämlich einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung. Laut der jüngsten Steuerschätzung nimmt Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 voraussichtlich rund 9,42 Milliarden Euro an Steuern ein. Damit fließen in diesem Jahr etwa 780 Mio. Euro mehr als im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagt in die Kassen.*

*Demgegenüber ist es der Landesregierung bis heute nicht gelungen, den Beamtinnen und Beamten zu erklären, warum trotz Aufschwung, anziehender Konjunktur und gesteigerter Staatseinnahmen keine deutlichere Besoldungserhöhung möglich sein soll.“*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sie haben heute die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, dass auch die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können und sie können damit beweisen, der Aufschwung ist auch unten angekommen.

Wir wünschen uns ein schönes Weihnachtsfest zu welchem Sie, mit ihrer Entscheidung für eine deutliche Besoldungserhöhung, erheblich beitragen könnten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit, viel Kraft für die anstehenden Entscheidungen und alle Guten Wünsche für das Jahr 2008.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz-Werner Gabler  
Stellv. Landesvorsitzender

Eing. 11.12.07

Hans-Josef Bracht, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Herrn Vorsitzenden  
Ernst Scharbach  
Gewerkschaft der Polizei  
Landesvorstand Rheinland-Pfalz  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz

Mainz, den 7. Dezember 2007  
ID 12-02 hi/cf

*Sehr geehrter Herr Scharbach,*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2007. Sie haben darin den Gesetzentwurf für ein Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 kritisiert und die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage angesprochen. Ich antworte Ihnen heute auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Landtagsfraktion, die Sie ja ebenfalls angeschrieben hatten.

Ebenso wie Sie lehnt die CDU-Fraktion den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Beamtenbesoldung ab. Er führt dazu, dass ein großer Teil der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger mit einer Besoldungserhöhung von gerade einmal 0,5 Prozent in 2007 und 2008 abgespeist wird. Schon der Begriff der **Besoldungsanpassung** geht hier fehl: Einer geringfügigen Erhöhung um 0,5 Prozent im Jahr stehen auf der anderen Seite verteuerte Lebenshaltungskosten, stärkere Steuerbelastungen und eine gestiegene Inflationsrate gegenüber. Auch bei der Senkung der Lohnzusatzkosten erfahren die Beamten nicht die Wirkung wie andere.

Auch die CDU-Fraktion kann natürlich in Zeiten knapper Kassen keine Geschenke verteilen. Sie weiß um die erdrückende Schuldenlast und die überhöhten Nettokreditaufnahmen der SPD-geführten Landesregierung. Sie weiß, dass die öffentlichen Haushalte noch lange nicht saniert sind und dass deshalb ein maßvolles Vorgehen nötig ist. Sie weiß aber auch, dass die rheinland-pfälzischen Beamten in den zurückliegenden Jahren beträchtliche Kürzungen ge- und ertragen haben, um die Neuverschuldung des Landes zurückzuführen. Sie haben damit viel zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beigetragen. Nullrunden, Kürzungen des Weihnachtsgeldes, Wegfall bzw. Kürzung des Urlaubsgeldes oder Erhöhung der Lebensarbeitszeit: Allein in den letzten zehn Jahren wurden über 40 Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamten und Versorgungsempfänger umgesetzt.

Bei den Beamten zu sparen, ist für die Landesregierung sicherlich der einfachste Weg: Sie kennen kein Streikrecht und zeichnen sich aufgrund ihres Amtsverständnisses durch Loyalität und Rechtstreue aus. Niemand kann aber dauerhaft von Lob allein leben - gute Leistung muss sich auch auszahlen. Ansonsten droht Motivationsverlust, im Extremfall sogar die „innere Kündigung“. Eine motivierte und effiziente Beamtenschaft ist aber ein wesentlicher Standortvorteil für Rheinland-Pfalz. Und die hohe Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes liegt letztlich auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Andere Bundesländer haben längst begriffen, dass auch in Zeiten knapper Kassen höhere Einkommenssteigerungen möglich sind. In allen rheinland-pfälzischen Nachbarländern - Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland - sind für 2007 Einmalzahlungen vorgesehen. Auch die Besoldungserhöhungen fallen dort deutlicher aus. Hieran muss sich Rheinland-Pfalz messen lassen, wenn es im Kampf um die besten Köpfe nicht irgendwann das Nachsehen haben will.

Auch im TVöD der Länder werden die Tabellenentgelte deutlicher angepasst. Und in anderen Branchen – etwa bei der Bahn, in der Metall- oder der Chemieindustrie – werden von den Gewerkschaften weitaus deutlichere Erhöhungen gefordert.

Unstreitig haben die Beamten im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen den Vorteil der Arbeitsplatzsicherheit. Dies kann aber nicht immer wieder als Rechtfertigung für neue Sparmaßnahmen herangezogen werden. Auch die Beamten und Versorgungsempfänger haben einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung. Laut der jüngsten Steuerschätzung nimmt Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 voraussichtlich rund 9,42 Milliarden Euro an Steuern ein. Damit fließen in diesem Jahr etwa 780 Mio. Euro mehr als im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagt in die Kassen.

Demgegenüber ist es der Landesregierung bis heute nicht gelungen, den Beamtinnen und Beamten zu erklären, warum trotz Aufschwungs, anziehender Konjunktur und gesteigerter Staatseinnahmen keine deutlichere Besoldungserhöhung möglich sein soll. Die CDU-Fraktion hat deshalb einen Änderungsantrag in den Landtag eingebracht. Darin schlagen wir **für das Jahr 2007 gestaffelte Einmalzahlungen** vor: 900 Euro für den einfachen und mittleren Dienst, 600 Euro für den gehobenen Dienst und 450 Euro für den höheren Dienst. Für das Jahr 2008 wollen wir die Besoldung und Versorgung zum 1.1.2008 um **2,9 Prozent** anheben.

Auch in der Frage der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage kann ich Ihnen die volle Unterstützung der CDU-Fraktion zusichern. Hier besteht in der Tat aufgrund der geänderten Rechtslage in Bund und Land dringender Handlungsbedarf. Sie führt zu einer Benachteiligung jener Polizisten, die in den Jahren 1946 und 1947 geboren sind. Wie Sie selbst geschrieben haben, läuft die bisherige Übergangsregelung zumindest für die Besoldungsgruppen ab A 10 zum Jahresende aus. Die betroffenen Beamten konnten sich hierauf auch innerhalb einer zehnjährigen Übergangsfrist einstellen. Dies gilt allerdings nicht für die Jahrgänge 1946 bis 1947. Wegen der im Jahr 2004 angehobenen Altersgrenze wird die Stellenzulage für ihre Pension nicht mehr wirksam. Die betroffenen Polizisten konnten nicht entsprechend Vorsorge treffen und wären damit ihren Kollegen gegenüber schlechter gestellt.

Die CDU-Fraktion plädiert dafür, diese einseitige Härte für die betroffenen Jahrgänge durch eine Übergangsregelung zu vermeiden. Zugleich möchten wir ein positives Signal an die Polizei insgesamt geben. Es ist wichtig, dass Staat und Gesellschaft die mit dem Polizeiberuf verbundenen Gefahren und die besonderen Arbeitsbedingungen mit z.B. Posten-, Streifen- und Nachtdienstes anerkennen.

Die Landesregierung muss hier Farbe bekennen. Ein Versteckspiel hinter der Zuständigkeit des Bundes ist nun nicht mehr möglich.

Mit freundlichen Grüßen

